

Erscheint wöchentlich 2 Mal  
in Leipzig.  
Bestellungen nehmen alle  
Postanstalten und Buchhand-  
lungen des In- und Aus-  
landes an.  
Für Leipzig nehmen Be-  
stellungen an:  
die Expedition, Hohestraße 4,  
die Genossenschafts-  
buchdruckerei, Zeigerstraße 44,  
A. Bebel, Peterstraße 18,  
J. Müller, Bayerschestr.  
8b, III.

# Der Volksstaat

Abonnementspreis:  
für Preußen incl. Stempel-  
steuer 17 Sgr., für die übrigen  
Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.,  
pro Quartal,  
pro Monat 4 1/2 Sgr.  
Für Leipzig und Umgegend  
pro Quartal 13 Sgr.  
Fiskalexpeditionen für die Ver-  
einigten Staaten:  
F. A. Sorge,  
Box 101 Hoboken, N. J.  
via New York.  
G. A. Schneider,  
155 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 99.

Mittwoch, 11. Dezember.

1872.

## Nationalreichtum.

Wie Frankreich in der politischen Entwicklung und vorangeht, so England in sozialer, und wie darum Frankreich ein Zauberspiegel ist, in dem wir unsere politische Zukunft erblicken, so zeigt uns England auf gesellschaftlichem Gebiet das als bereits Gewordenes, als Fertiges, was bei uns erst werdend, embryonisch oder nur in geringem Umfang vorhanden ist.

Die Ungerechtigkeit der modernen kapitalistischen Produktion liegt hauptsächlich darin, daß sie einzelne Wenige übermäßig bereichert, dagegen die große Masse, und zwar gerade diejenigen, welche die Werte schaffen, zur Lohnsklaverei und damit zum Elend in jeder Gestalt verurteilt: die Schöpfer des Reichthums sind in Mitten der Schätze, die das Werk ihrer Hände sind, dem (schnellen und langsamen) Hungertod ausgesetzt, dem death by starvation\*\*), der, wenn auch nur in seiner akuten Form, stehende Rubrik der englischen Zeitungen ist; wogegen die privilegierte Minorität, welche die Schöpfer des Reichthums in ihren Dienst gepreßt hat, ohne selbst Reichthum zu erzeugen, im Ueberfluß schweigt, und oft ein „Vermögen“ ansammelt, so enorm, daß man in die phantastische Märchenwelt mit ihren Silberpallästen und Goldtischen zurückgreifen muß, um sich eine Vorstellung zu machen.

Diese Ungleichheit — doppelt verwerflich, weil sie den Genuß von der alle Genußmittel hervorbringenden Arbeit getrennt hat, und der Arbeit die Noth, dem Mühsiggang den Ueberfluß zu Theil werden läßt — diese das sittliche Gefühl empörende Ungleichheit ist in England am weitesten gediehen, weil die Faktoren, welche jetzt auch bei uns in voller Kraft wirken und mit der Zeit genau dieselben Resultate hervorbringen müssen, dort schon früher in Wirksamkeit getreten sind.

Doch statt allgemeiner Betrachtungen einen Griff in das Leben! Vor einigen Wochen starb irgendwo in England eine alte Jungfer, die seit Jahrzehnten wegen ihres Geizes berüchtigt gewesen war, und deren Hinterlassenschaft sich zu allgemeinem Erstaunen auf eine Viertel Million Pfund Sterling belief; da „Verwandte“ nicht zu entdecken, wird diese Summe wahrscheinlich an den Staat fallen, der sie um kein Biot besser anwenden wird, als die verstorbene, offenbar halbverrückte Eigenthümerin. In England, dem Land der aufgesammelten Kapitalien, — der Anhäufungsprozess im Großen geht dahelbst seit mindestens 4 Generationen vor sich, bel und seit kaum 2 — ist es nun freilich nichts Seltenes, daß Leute von kolossalem Reichthum sterben, aber der fragliche Fall zog durch die ihn begleitenden, die heutigen Eigenthumsverhältnisse grell beleuchtenden Umstände das öffentliche Interesse in hohem Grade auf sich. Daß eine Summe, wie die oben bezeichneter, Jahrzehnte lang dem Nationalreichtum entzogen, und aus dem Schweiß des arbeitenden Volks beständig vermehrt werden konnte, um ungenutzt in irgend einer Ecke versteckt, und schließlich dem Alles verschlingenden und unproduktiv verzehrenden Klassenstaat in den Nachen geworfen zu werden, das ließ die Absurdität und Gemein-schädlichkeit des dem Privateigenthum inwohnenden Rechts des Gebrauchs und Mißbrauchs\*\*\*) mit einer Deutlichkeit zu Tage treten, die auf keinen Unbefangenen des Eindrucks verschlen konnte.

Angeregt durch die betreffenden „Sensationsnotizen“ der Zeitungen, brachte der „Spectator“, das angesehenste und respectabelste der englischen Wochenblätter, am Sonntag vor acht Tagen, nach den „Illustrated Daily News“, die allwöchentlich eine Liste der reichlich festgestellten und verstorbenen Erbschaftsummen höherer Beträge mittheilt, ein Verzeichniß der Personen, welche in England binnen der letzten 10 Jahre verstorben sind und ein Baarvermögen von 250,000 Pfd. Sterl.†) und darüber hinterlassen haben. Obenan stehen 10 (zehn), die je über eine Million Pfd. Sterl. oder 6 1/2 Mill. Thaler hinterlassen haben; nämlich folgende: Hubson Gurney mit 1 Million, William Crawshaw 2 Millionen Pfd. Sterl., Samuel Cross 1,200,000 Pfd. Sterl., Sir V. Guinness 1 Million Pfd. Sterl., Samuel Scott 1,400,000 Pfd. Sterl., Thomas Fielden 1,300,000 Pfd. Sterl., Nathan Rothschild 1,800,000 Pfd. Sterl., Giles Leder 3 Millionen Pfd. Sterl. Weniger als 1 Million und über eine halbe Million Pfd. Sterl. haben hinterlassen 53 (dreißig) Personen, darunter der Herzog von Cleveland 500,000 Pfd. Sterl., Peter Achwright 500,000 Pfd. Sterl., der Graf von Normanton 700,000 Pfd. Sterl., Joseph Croxley 900,000 Pfd. Sterl., Francis Croxley 800,000 Pfd. Sterl., Thomas Thornton 900,000 Pfd. Sterl., der Marquis von Westminster 800,000 Pfd. Sterl. u. s. w. Zwischen einer Viertel- und einer halben Million Pfd. Sterl. haben 161 (hunderteinundsechzig) Personen hinterlassen. Und wohl-gemerkt, hier handelt es sich bloß um das Baarvermögen; nicht um das Vermögen in Häusern und Grundstücken, welches bei vielen der betreffenden Personen das Baarvermögen weit über-troffen hat. Der Marquis von Westminster z. B. hat notorisch seinem Sohn, dem jetzigen Marquis von Westminster, ein Gesamtvermögen von 8 Millionen Pfd. Sterl. — über 50 Mil-lionen Thaler!, also das Zehnfache des Baarvermögens hinter-lassen.

„Was das Wunderbarste an der Liste,“ sagt die „Englische Correspondenz“, der wir den Auszug aus dem Verzeichniß entnom-

men haben, „ist, daß sie keineswegs lauter bekannte oder auch nur zum größten Theil bekannte Namen bringt. Trotz ihrer großartigen Reichthümer drang der Ruf vieler dieser Krösusse nicht über das Reichthum ihrer Stadt hinaus, ja waren sie in sehr vielen Fällen nicht einmal in ihrer Stadt bekannt. Wer kennt die Millionäre London, Liverpool, Manchester und der anderen nordischen In-dustriestädte? Das beweist, daß ihrer so viele sind, daß sie sich in der Menge verlieren.“

Das heißt in der Menge der Aushäuser des von Andern erzeugten Nationalreichtums, die aber nur einen verschwindend kleinen Bruchtheil der Gesamtbevölkerung ausmacht.

Halten wir uns nicht dabei auf, daß in dem gleichen Zeitraum Summen unter einer Viertelmillion und doch zu hoch für die Bedürfnisse einer einzelnen Person hinterlassen worden sind, welche in ihrem Gesamtbetrag den Gesamtbetrag der von dem „Spectator“ angeführten Summen unzweifelhaft übertreffen, — und daß ferner die Liste des „Spectator“ unmöglich ganz voll-ständig sein kann, und daß die Summen — selbst abgesehen von dem gar nicht in Betracht gezogenen Grundeigenthum — jeden-falls, aller bisherigen Erfahrung nach zu urtheilen, um ein Wesent-liches zu niedrig angegeben sind; und nehmen wir einfach die Zahlen, wie wir sie im „Spectator“ finden. Zusammengerechnet, liefern dieselben ein Total von rund 60 Millionen Pfund Sterling, oder vierhundert Millionen Thaler, die in den Händen von 224 (zweihundertvierundzwanzig) Individuen aufgehäuft waren.

Und nun die Rückseite der Medaille! In den letzten 10 Jah-ren hatte das englische Volk, das heißt, das englische arbeitende Volk jährlich für die ganze oder theilweise Ernährung, Kleidung und Behausung von durchschnittlich einer Million Paupers in runder Summe 7 Millionen Pfd. Sterl. an Steuern zu entrichten. Das macht auf 10 Jahre siebenzig Millionen Pfund Sterling.

In den letzten 10 Jahren haben wir also auf der Einen Seite jene 224 glückliche Individuen (glücklich im Sinne der bür-gerlichen Gesellschaft, die Reichthum und Glück für identisch an-sieht — die Engländer haben für beide Begriffe das nämliche Wort: fortuna), also auf der Einen Seite 224 glückliche Indi-viduen, die bloß an Baarvermögen zusammen 60 Millionen ihren Erben hinterlassen konnten. — Auf der andern Seite Eine Million Paupers, das ist eine Million Menschen, die durch die herrschende Produktionsweise entweder zur Hilflosigkeit abge-nutzt, oder als unnötiger Ballast, den man mit Füßen tritt, den man anspuckt, auf den gesellschaftlichen Kehrichthaufen geworfen worden sind.

Look here upon this picture and on this. Schaut dieses Bild und schaut auf jenes!

Dort überschwänglicher Reichthum.

Hier hilflose, verächtliche Armut!

Dort Schätze aufgethürmt, welche die Genußfähigkeit des Ge-nußfähigsten übersteigen!

Hier Mangel an Kleidung, an Behausung, an Nahrung — am Nothwendigsten!

Ist es mit menschlicher Gerechtigkeit vereinbar, daß Menschen, die mit gleichen Anlagen, gleichen Bedürfnissen und folglich mit gleichen Rechten geboren sind, so ungleich bei der Vertheilung der irdischen Güter bedacht werden? Doch Gerechtigkeit hin, Gerech-tigkeit her — eine andere Frage:

Wer hat die 60 Millionen Pfd. Sterl. repräsentirenden, rich-tiger: die durch 60 Millionen Pfund Sterling repräsentirten Werthe geschaffen, welche jene 224 glücklichen Individuen ihren Erben hinterlassen konnten?

Nicht die betreffenden Individuen selber. Gesezt auch — was bei den Meisten unzweifelhaft nicht der Fall — sie hätten pro-ductiv gearbeitet und dabei den größt denkbaren Fleiß und die größt denkbare Geschicklichkeit bewiesen, so hat ihre Arbeit ihnen nicht die Hälfte, nicht ein Zehntel dessen einbringen können, was sie zum Leben gebraucht, im Leben verbraucht haben! Die von ihnen hinterlassenen sechzig Millionen sind demnach nicht das Produkt der Arbeit jener 224 Individuen; sondern sie sind das Produkt der Arbeit Anderer, welche die 224 Glük-lichen sich kaufen und aneignen konnten — und obendrein nicht das ganze Produkt, da ein Theil desselben, und gewiß ein sehr beträchtlicher, von den 224 Glüklichen verschwelgt, in Luxus und Laster verpraßt worden ist.

Mit anderen Worten: die sechzig Millionen sind ein Theil des der Arbeiterklasse vorenthaltenen Ertrags ihrer Arbeit.

Und noch eine Frage:  
Aus wessen Tasche sind die siebenzig Millionen Pfund Sterling gekommen, die in den letzten 10 Jahren zur Unterstützung der englischen Paupers bezahlt wurden?

Aus den Taschen der Arbeiter, die in letzter Instanz alle Steuern bezahlen müssen; eine Wahrheit, die wissenschaftlich fest-steht und nur von Pöfchern, welche von ökonomischer Werthbil-dung und „Volkswirtschaft“ keine Idee haben, bestritten wird.

Nicht nur, daß die Kapitalisten, die Unternehmerklasse „ihre“ Millionen den Arbeitern auslauft — sie zwingt auch noch die Arbeiter, die ungeheure Armee Derjenigen zu unterhalten, die durch diesen Auslaugeprozess erwerbsunfähig geworden, oder für ihn nicht mit „Profit“ zu verwenden sind.

Was aber sollen wir von einer Gesellschafts-„Ordnung“ sagen, die solche Zustände bedingt?

In Irrenanstalten, wo die Kranken im Freien beschäftigt wer-den, ist's ein gewöhnlicher Zeitverweib der Insassen, daß Eine Abtheilung mit äußerster Anstrengung ein Loch gräbt, welches eine andere Abtheilung mit ebenso großer Anstrengung wieder auszu-füllen bemüht ist. Wohl-an, ist unsere Gesellschaft, die mit der Einen Hand ihre Günstlinge auf den Gipfel des Reichthums er-

hebt, mit der anderen ihre Stiefkinder in den Abgrund des Elends schleudert, — die mit der Einen Hand diesen Abgrund auszufüllen sucht und mit der anderen, stärkeren, ihn immer tiefer und tiefer gräbt — ist diese Gesellschaft nicht ein riesiges Narrenhaus? — Allerdings in der Nartheit der Irren-häuser ist mehr Methode und weniger Gemeinlichkeitsliebe — sie machen nach Kräften wieder gut was sie verdorben haben, und — sie experimentiren mit todtten, fühllosen Erdklumpen, nicht mit lebendigen Menschen.

Im letzten „Bechive“, von den Herren Max Hirsch und Sonnemann so gern als Muster-Arbeiterorgan zitiert, schreibt Lloyd Jones, ein Gegner der Sozialdemokratie und englischer „Selbsthilfer“ — aber Engländer, der sich von einem Deutschen ungefähr ebenso unterscheidet, wie ein englisches Parlamentsmitglied von einem Berliner Reichstägler, — anlässlich der Spectatorliste:

„Wir können nach Durchlesung und Betrachtung dieser Liste sehr wohl verstehen, wie wahr das Wort, daß „England das reichste Land in der Welt“ ist; daß reiche Leute in England häufiger sind als in irgend einem anderen Land. Nicht so leicht jedoch können wir verstehen, woher es kommt, daß England zu gleicher Zeit auch das ärmste Land in der Welt ist. In keinem anderen Lande der Welt sind, im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, so viele Menschen in die tiefsten Tiefen verzweiflungsvoller Armuth hinabgedrängt. Wir können uns das Steigen des englischen Nationalreichtums aus der Entwicklung der auf die Rammfaktur angewandten Mechanik und Chemie erklären. (Doch nicht bloß daraus! R. v. B.) Und die Thatsache, daß die Quellen des Reichthums das Monopol einiger Wenigen geworden sind, erklärt es, warum unsere Fabrikanten Millionäre werden, während die Masse der Arbeiter am Rande des Pauperismus bleibt.“

Nachdem Lloyd Jones die zur Pauperunterstützung verbrauchten Summen den Millionen der Spectatorliste gegenübergestellt, fährt er fort:

„Mögen die Schöpfer des Nationalreichtums, die Ar-beiter, diese zwei Summen nebeneinanderstellen — Summen, die auf der einen Seite durch die Reichen, auf der an-deren durch die Paupers der Arbeit entzogen sind (ab-stractions from labour by the rich on the one hand and by the poor on the other), und sie werden einen Begriff davon haben, wie die industrielle Energie Englands durch Lasten und Erpressungen (exactions) niedergedrückt wird, welche das Wohl des Industrie-Arbeiters kärglich und die Lage des Landarbeiters zu einer fast ununterbrochenen Hungernoth machen.“

Zum Schluß sagt Lloyd Jones:

„Es wäre thöricht leugnen zu wollen, daß wir in Mitten von Gefahren sind — daß ein System wie das unsrige mit seinen schrecklichen Anomalien die ernstesten Gefahren in sich schließt. Wehe der Nation, bei welcher der Feind einiger Wenigen sich zur Schau stellen darf im Angesicht des Elends der Vielen! Und Wehe wird unzweifelhaft über England hereinbrechen, wenn nicht unsere Staatsmänner Mittel und Wege zur Abstellung dieser un-menschlichen Zustände entdecken, oder wenn nicht das Volk, gewiegt durch seine Leiden, mit ruhiger Ueberlegung selbst an die Aufgabe geht, den Geist der Gerechtigkeit in die Beziehungen des Lebens einzuführen!“

Unter den „Staatsmännern“ hat bis jetzt noch Keiner Ver-ständniß für diese Fragen oder guten Willen, zu deren Lösung ge-zeigt — es hängt also ausschließlich von den Arbeitern ab, ob es anders und besser werden, und wie lang diese wahnwitzig-un-gerechte und unmenschliche Gesellschafts-„Ordnung“ noch dauern soll.

In England und allen übrigen Kulturländern! Red-man uns nicht vor: „das sind „englische Zustände“, bei uns ist's anders! „Ja — „anders“ ist es bei uns, aber nicht „besser“. Wenn das Uebel nicht so grell in die Augen fallend, die Gegen-sätze nicht so schroff, die Kluft zwischen Armuth und Reichthum nicht so gähnend, — so hat das seinen Grund einzig und allein darin, daß die Engländer uns in der ökonomischen Entwicklung überholt haben. Sie sind ein paar Stationen voraus; allein wir sind auf dem nämlichen Schienengeleise, und werden bald genau am selben Punkt angelangt sein, wo die Eng-länder jetzt sind. All diese Uebel stehen und demnach mit mathe-matischer Gewissheit bevor; und daß wir noch nicht so weit sind, hat überdies seine besonderen Nachtheile. Unsere schlesischen und erzgebirgischen Weber z. B., die noch in der Kleinproduktion stehen, aber doch mit der Großproduktion konkurriren müs-sen, sind entschieden weit schlimmer dran, als die eng-lischen Maschinenweber. Und diesem Beispiel ließen sich leicht ähnliche anfügen.

Kurz: was von England gilt, gilt auch von Deutschland. Die gleichen Ursachen müssen die gleichen Wirkungen haben. Und die bürgerliche Produktion beruht überall auf den gleichen Prinzipien. Daß der Arbeiter Andere bereichert, daß der Schöpfer des Reich-thums in Armuth schmachtet, daß Nichtarbeiter die Früchte der Arbeit genießen, daß Hunderttausende, daß Millionen an den Bettelstab kommen und von dem Schweiß der ausgebeuteten, aus-gerephten Arbeit erhalten werden müssen, das — nebst den mannich-fachen politischen Schäden, an denen wir krank sind — das Alles wächst naturgemäß und folglich nothwendig aus dem heutigen Pro-ductionssystem hervor, wird aus ihm hervorzunehmen, so lange das-selbe besteht.

Die Wirkung ist bloß mit der Ursache zu beseitigen; Palliativmittel sind machtlos. Das Uebel muß an der Wurzel gepackt werden. Jeder Schlag ist ein Lustthier, der sich nicht gegen das herrschende Produktionssystem richtet. Auf diesen Punkt sind alle Anstrengungen zu konzentriren, denn aus diesem Punkte allein ist die „soziale Krankheit“ zu heilen. Die Ketten des Kapitals

\*) Unter langsamem Hungertod verstehen wir die Abkürzung der Durchschnittslebensdauer der Arbeiter ärmlicher Berufs-arten.

\*\*) Tod durch starvation — das langsame, zollweise Hin- und Ab-sinken vor Hunger, Entbehrung, Kälte, Nässe.

\*\*\*) Jus utendi et abutendi — die römische Definition des Eigen-thumsbegriffs, welche noch heute gilt.

†) Das Pfund Sterling hat 6 Tplr. 20 Agr., 250,000 Pfund Ster-ling sind also ungefähr 1,666,000 Tplr.

müssen gesprengt werden, die Arbeiter müssen sich ihr Eigentum zurückerobert!

Nieder mit der Lohnarbeit! Keine Millionäre mehr! Keine Pauper mehr! Organisation der Arbeit auf genossenschaftlicher Grundlage im freien Volksstaat! Das ist das Programm der Erlösung. Das sei der Schlußruf! Er wird uns zum Sieg führen.

## Die zweite Pariser Bluthochzeit.

Die Zahl der Opfer der „blutigen Waischoche“ — die aber tief in den Juni hineinreicht — ist noch nicht genau festgestellt worden und wird es nie werden. „Die Besiegten haben keine Geschichte“ und noch weniger eine Statistik, und die Pariser „Sieger“ haben kein Interesse, die ganze Wahrheit zu sagen — schämen sie sich nicht, so grant ihnen doch nachträglich vor ihren Heldenthaten —; und wollten sie die ganze Wahrheit sagen, sie könnten es nicht, so wenig als weiland die Urheber der ersten Bluthochzeit; sie waren von solcher Nordrauferei erfaßt, stürzten in solch blinder Wuth auf das ihnen preisgegebene Wild los, daß sie selber nicht wissen, wie Viele unter dem Ruf des „Gesellschaftsrettenden“ (wie weiland Königstümretenden) Tuez, Tuez!\*) niedergemetzelt worden sind. Kein Wunder daher, daß die Angaben weit auseinandergehen. Unmittelbar nach der Katastrophe wurden von Bourgeoisorganen die im und nach dem Kampf getödteten Kommunalisten auf 40,000, und die Gefangenen auf ungefähr dieselbe Ziffer geschätzt. Die Lohnschreiber der Bourgeoisie haben sich neuerdings bemüht, die Ziffer der Getödteten um die Hälfte herabzusetzen. Allein, es ist das rein willkürlich, ohne die mindeste thatsächliche Unterlage. Umgekehrt geht die neueste von kommunistischer Seite ausgehende Schrift: „Verrath und Abfall im Busen der Kommune“\*\*), die mancherlei neues Material enthält, weit über die ursprünglichen Ziffern hinaus. Wir lassen die betreffende Stelle hier folgen:

„Während und nach diesem brudermörderischen Kampf, der zehn Tage lang dauerte, übten die Sieger an den Besiegten eine entsetzliche Rache aus. Die summarischen (ohne Urtheil) und die auf Befehl der Kriegsgerichte vorgenommenen Hinrichtungen können auf sechzigtausend geschätzt werden. Die Zahl der Verhafteten betrug hundertfünftausend; von diesen sind an schlechter Behandlung, Nahrungsmangel und Krankheit mindestens fünfundzwanzigtausend gestorben; von den übrigen 80,000 haben mindestens vierzigtausend sich am Kampfe nicht betheiliget, und es sind zehntausend Frauen und Kinder darunter. Ungefähr 15,000 (jetzt etwas mehr, gegen 20,000, R. d. B.) sind seitdem in Freiheit gesetzt worden, weil die Regierung selbst anerkennen mußte, daß sie ohne allen Grund verhaftet waren. Man hat der Kommune willkürliche Verhaftungen Schuld gegeben — man frage sich, ob unter der Kommune ähnliche Razzias vorgekommen sind. Der Ordnungspartei gebührt das Verdienst, daß sie, auf die Gefahr hin, unsere Industrie zu vernichten und Frankreich zu ruiniren, furchtbare Menschenhektomben (Massenschlächtereien) veranstaltet hat, deren Belege wir in den Rechnungen der Pariser Begräbnißgesellschaft (Pompes funèbres) finden. Es war in den Zeitungen zu lesen, daß die Begräbnißgesellschaft vom Staat für jeden gesammelten und verscharrten Leichnam 5 Franken verlangt hatte. Die Regierung bewilligte aber bloß drei Franken pro Leichnam und hatte „bloß“ hundertfünfzigtausend Franken zu zahlen, was fünfzigtausend Leichname ergibt. Die Begräbnißgesellschaft hat aber nicht alle Leichname gesammelt; sehr viele sind von Verwandten und Freunden beerdigt und auf Anordnung der Militärbehörden in den Kasematten verbrannt worden.“

Dies die betreffende Stelle. Wir können hinzufügen, daß eine Menge von Leichen auch in die Seine geworfen worden sind.

Man sieht, der Verfasser der angeführten Schrift schätzt die Zahl der Schlachtopfer — von den Gefangenen hier zu geschweigen — nicht ins Blaue hinein ab, er beruft sich auf die Bücher der Pariser Begräbnißgesellschaft, er gibt also einen altentmähigen Beleg; und selbst wenn dieser Gesellschaft der verlangte Preis von fünf Franken per Leiche bezahlt worden wäre, so hätten wir immer noch die grauenhafte Ziffer von dreißigtausend, die durch Zurechnung der anderweitig „besorgten“ Leichname ungewißhaft auf eine höhere Gesamtsumme als vierzigtausend gebracht würde.

Einen zweiten altentmähigen Beleg bieten uns die offiziellen Pariser Todtenlisten. Durchschnittlich starben in Paris vor der Belagerung 45,000 Personen jährlich; für das Jahr 1870 weisen die Todtenlisten 73,581; für das Jahr 1871 aber 99,945 auf. Die um 28,000 gesteigerte Ziffer des Jahres 1870 erklärt sich vollständig aus den Entbehrungen während der Belagerung. Nicht so die um 55,000, d. h. mehr als das doppelte gesteigerte Ziffer für 1871, denn die Belagerung hörte bekanntlich schon am 28. Januar auf, also schon vor Ende des ersten Monats. Nun haben allerdings die durch die Belagerung herbeigeführten gesundheitsschädlichen Einflüsse noch längere Zeit nachgewirkt, aber die Zahl der direkt und indirekt durch die Belagerung verursachten Todesfälle läßt sich höchstens auf 20,000 veranschlagen, wogegen auf der anderen Seite in Rechnung zu bringen ist, daß die normale Sterblichkeit nach dem Fall der Kommune beträchtlich unter dem Durchschnitt war, weil sich die Bevölkerung um fast ein Viertel vermindert hatte. Jedenfalls greifen wir nicht zu hoch, wenn wir von den 65,000 Personen, die über die Durchschnittszahl hinaus in den Pariser Todtenlisten des Jahres 1871 verzeichnet sind, 35,000, schreibe fünfunddreißigtausend auf das Konto der Pariser Gesellschaftsretter legen. Und da in diese Listen nur die regelmäßig Begrabenen kommen, viele Tausende der gemordeten Kommunalisten aber gar nicht begraben oder ohne jede Formlichkeit, selbst ohne vorhergehende Zählung verscharrt, und da ferner die gefallenen Soldaten notorisch nicht in die Pariser Todtenlisten eingetragen worden sind, so erscheint die Ziffer sechzigtausend keineswegs übertrieben.

Eine ähnliche Schlächtereie, zusammengedrängt in die gleiche Zeit und den gleichen Raum, hat die Weltgeschichte nicht aufzuweisen. Und nun bezweifle man noch die Kultur und den Kulturberuf der Bourgeoisie!

## Politische Uebersicht.

Im preussischen Abgeordnetenhaus stach der Abgeordnete Richter wieder in eine häßliche Eiterbeule: er wies auf das scham-

lose, zum System erhobene Treiben pensionirter Staatsbeamten, Minister außer Dienst und sonstiger „Excellenzen“ hin, welche bei Gründungsgeschwindleien sich für gutes Honorar als Postvögel oder „Schlepper“, wie es beim „Bauernfang“ heißt, gebrauchen lassen, ihren Namen und ihre Titel à so und so viel Tausend Thaler per Jahr vermieten. Herr Richter stach in die häßliche Beule; natürlich dachte er nicht daran, sie aufzustechen. Sonst würde er die große Anzahl von Land- und Reichstagsabgeordneten, die genau dasselbe gemeine Bauernfängergetriebe treiben, einer Erwähnung nicht ganz unwerth gefunden haben. Herr Richter macht sich mitunter der Regierung sehr uneben, aber er überschreitet doch nie jene Linie, welche „Seiner Majestät allergepriesene Opposition“ von dem Standpunkt prinzipieller Demokratie trennt.

Curiositäts halber sei erwähnt, daß Freund Lasker in der nämlichen Sitzung die Minister bat, sie möchten doch dafür sorgen, daß die banerfahrenden „Excellenzen“ das Spiel nicht — so öffentlich treiben! Geheime Bauernfängererei ist erlaubt — nach Laskers Moral.

Der letzte Akt der Berliner Parlamentskomödie ist so ziemlich zu Ende gespielt. Ein vierthundert hoher Beamten, Generale und Großgrundbesitzer sind von der „Krone“ — so nennt man, vom Kopf abstrahirend, in konstitutionellen Rothwäusch das Haupt des Staats — zu Paris „gemacht“ worden; die über diesen Zuwachs aristokratisch-bureaucratisch militärischen Elements vermögten Herrenhändler haben natürlich mit Wonne die ihnen zurechtgeschickte reaktionäre Kreisordnung angenommen und — nun kann der Vorhang fallen.

Auf eine Beschwerde ländlicher Arbeiter wegen Beschäftigung von Soldaten bei der Ernte gelegentlich eines Strikes hat der englische Kriegsminister Mr. Cardwell endgültig geantwortet. Das Schreiben ist an den Sekretär des Londoner Gewerkevereinsraths gerichtet und lautet: „Die amtliche Untersuchung hat ergeben, daß nur in einzelnen Fällen Strikes der Art stattgefunden haben, Soldaten zu den Erntearbeiten herzugeben; in der großen Mehrzahl der Fälle lag solch ein Anlaß nicht vor. Da es nun die Pflicht der gesetzlichen Bestimmungen nicht ist, die Soldaten zur Beeinflussung des Erfolges von Arbeitsstreiks zu verwenden, sondern nur das Mehrbedürfnis an Arbeitern zur Zeit der Ernte im Interesse des ganzen Landes sowohl als im Interesse eines Nebenverdienstes der Soldaten zu befriedigen, so soll in Zukunft strenge darauf geachtet werden, daß nur für diesen legitimen Zweck und nicht in Streitfällen Soldaten hergegeben werden. Es soll deshalb eine Zusatzdeklaration zu dem betreffenden Paragraphen des Gesetzes erlassen werden, lautend: Die Erlaubniß soll nicht gewährt werden in Fällen, wo Strikes oder Streiksigkeiten zwischen Landwirthen und ihren Arbeitern vorliegen.“

Bis zur Beschwerde an den Kriegsminister haben es unsere ländlichen Arbeiter noch nicht gebracht, obwohl es an Anlaß hierzu nicht fehlt. Etwasige Beschwerden an die „gnädigen Herren“ werden mit den Paragraphen der Gefindeordnung und wenn das nicht zieht — mit der Peitsche beantwortet.

Am 1. d. Mts. hatte in Sheffield (England) eine Konferenz von Delegirten republikanischer Gesellschaften statt, welche die Gründung einer republikanischen Brüderschaft für Großbritannien mit folgendem Programm beschlossen: Allgemeines Wahlrecht aller Erwachsenen, gleiche Wahlbezirke, Abschaffung der Staatskirche, vollständige Trennung der Schule von der Kirche, Erklärung des Grund und Bodens für Nationaleigentum, einjährige Parlamente, Diätenzahlung für die Mitglieder, und schließlich Einführung der Republik mit gesetzlichen Mitteln. Für letzteren Punkt stimmte nur eine geringe Majorität der, nach den uns vorliegenden Berichten reaktionärer Blätter, aus höchstens dreißig Delegirten bestehenden Versammlung. Die Minorität war gegen den Ausdruck „mit gesetzlichen Mitteln“ als eine überflüssige Nebenart. Es wurde ein Rath von 5 Mitgliedern ernannt, der für die nächsten Monate seinen Sitz in Nottingham haben soll. Da wir der neuen politischen Bewegung in England eine eingehende Besprechung gewidmet haben, enthalten wir uns hier aller Reflexionen.

In London ist ein Strike der Gasarbeiter ausgebrochen; sie fordern höheren Lohn, der bis jetzt ihnen verweigert worden ist. Am Mittwoch zogen die Streikenden, 3000 Mann stark, nach dem Trafalgar Square (einem freien Platz in Mitten der Stadt) und hielten ein Meeting ab, auf welchem beschlossen wurde, den Strike aufrecht zu erhalten und allen Einschüchterungsversuchen Trost zu bieten; zugleich wurde erklärt, daß man bereit sei, sich dem Spruch eines Schiedsgerichts zu unterwerfen. Da fast alle Gasarbeiter striken, kann London nur noch sehr unvollkommen beleuchtet werden; dies wird wol die Unternehmer zur Nachgiebigkeit zwingen.

In Spanien hat der, wie es scheint in Permanenz erklärte Aufstand jetzt mit einemmal bedeutendere Dimensionen angenommen, und ist namentlich eine größere Betheiligung der Republikaner, die sich bisher zurückgehalten hatten, zu bemerken. Nach den uns vorliegenden Nachrichten können wir allerdings nicht an einen Sieg der republikanischen Sache glauben, obgleich die Unfähigkeit der jetzigen und jeder anderen möglichen Regierung, die Monarchie auf die Dauer wieder herzustellen, für jeden denkfähigen Beobachter feststeht. Die intelligenten Arbeiter wollen mit der Erhebung nichts zu thun haben, weil der Bourgeoischarakter der Führer ihnen gerechtes Mißtrauen einflößt. Und wir meinen hier nicht die „Abstentemisten“, deren Vertreter auf dem Haager Kongreß eine so traurige Rolle gespielt haben und die bekanntlich gegen jede politische Aktion sind. Auch die wirklichen Revolutionäre unter den spanischen Internationalen wollen mit den Ausländischen nichts zu thun haben. Die „Emancipacion“ von Madrid, das trefflich redigirte Organ unserer Parteigenossen in Spanien, schreibt unter der Ueberschrift „Revolutionärsversuche“:

„Eine Fraktion der föderalistisch-republikanischen Partei hat die Waffen ergriffen, und in verschiedenen Provinzen einen Theil der Arbeiter mit forgeriffen, welche bezierig sind, das Joch der lächerlichen Tyranneien abzuschütteln, die unter dem falschen Titel von liberalen Demokraten sie unterdrücken und ansaugen. Der Anlaß, die bestimmende Ursache des Aufstands ist die Anhebung von 40,000 Rezenten, welche von den Cortes bewilligt und von der radikalen Regierung dekretirt worden ist, trotzdem dieselbe sich feierlich verpflichtet hatte, die Constriktion (Aushebung durch das Loos) abzuschaffen. Der Beweggrund kann nicht gerechter sein. Aber genügt es für den Erfolg, daß eine Sache gerecht sei? Wir wollen keine Unglückspropheten, allein sein, wir können nicht umhin zu bemerken, daß die republikanische Partei, durch und durch bürgerlich wie sie ist, vollständig jeder revolutionären Organisation ermangelt und sich, um ihre Ohnmacht noch zu verstärken, in entgegengekehrte Abtheilungen gespalten hat, von denen die eine, nach ihrem Wesen, ihren Sympathien und Interessen, durchaus konfessiv, die andere zwar von unruhigem kampflustigem Charakter ist, aber ohne revolutionäre Ideen, ohne ein revolutionäres Pro-

gramm, ohne eine andere Lösung des sozialen Problems, als die der übrigen Bourgeoispartei: die sogenannte Versöhnung (statt Abschaffung) der Klassen. Mit der Vorgeschichte der republikanischen Partei vor Augen, und mit unserer Kenntniß der Persönlichkeiten, welche sich an der Spitze des Aufstands befinden, glauben wir ohne Gefahr uns zu täuschen, unsere Ueberzeugung dahin aussprechen zu können, daß dies einer der so zahlreichen Revolutionärsversuche ist, an denen die unruhigen Elemente der Bourgeoisie\*) so großen Gefallen haben, und die schon so viel unnütz vergossenes Arbeiterblut gekostet haben. Wir wollen Niemand anklagen; wir haben auch keine Lust Rathschläge zu geben, die unwillkommen wären und nicht befolgt würden; allein, wir halten es für unsere Pflicht, unseren Partei- und Unglücksgegnen nochmals zu wiederholen: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur durch die Arbeiter selbst sich vollziehen. Jede von Bourgeois begonnene und geleitete Bewegung kann nur zum Vortheil der Bourgeoisie ausschlagen.“

So die „Emancipacion“. Wer frühere „Volksstaat“-nummern nachliest, wird finden, daß wir uns schon vor Jahren, und zwar ebenfalls anlässlich spanischer Vorgänge, genau in demselben Sinne ausgesprochen haben.

Warnung. Unsere Brüder in Portugal theilen uns folgendes zur Veröffentlichung mit:

An die Arbeiter Deutschlands, Frankreichs, Belgiens und der übrigen Länder! Ein gewisser Tradesso da Silveira hat von einigen Arbeitgebern, deren Arbeiter im Strike sind, den Auftrag erhalten, im Ausland Arbeiter anzuwerben. Er sucht hauptsächlich: Schriftsetzer und Buchdrucker, Buchvergoldner und Buchbinder. Haltet Euch Ihr Internationalen vor diesem Anbeter für fremde Rechnung, vor diesem erbärmlichen Schurken (rui villano), der arme unwissende Arbeiter schmachvoll ausgebeutet hat. Wir haben ihn in unseren Blättern an den Pranger gestellt und der Schande überliefert wir seinen Namen: Tradesso da Silveira.

Eure Brüder, die Portugiesischen Internationalen, ertheilen Euch hiermit Warnung, und bitten alle Arbeiterorgane diese Zeilen abzudrucken.

(Der saubere Kumpan wird, nach dieser Warnung, wol nicht unter seinem eigenen Namen „Geschäfte“ machen. Man sei also auf der Hut gegen alle Portugiesischen Arbeitergesuche. R. d. B.)

Netzhajeff wird, wie man aus Petersburg schreibt, als politischer „Verbrecher“ behandelt, nachdem man seine Auslieferung als „gemeiner Verbrecher“ von der Schweiz erlangt. Natürlich! Ob die Züricher Regierungsmitglieder, die das „gemeine Verbrechen“ der Auslieferung begangen, nicht vor Scham in den Boden sinken? —

Wie wir aus der Brüsseler „Internationale“ erfahren, haben die Pariser Gold- und Silberarbeiter ihre Syndikatokammer wieder organisiert; in der letzten Sitzung derselben wurde beschlossen, einige Delegirte auf die Wiener Weltausstellung zu schicken, und in internationale Beziehungen zu den Gold- und Silberarbeitern der übrigen Länder zu treten. Im „Genossenschaftler“ werden wir hoffentlich bald Näheres in betreff des letzteren Punktes zu lesen bekommen. —

## Gewerksgenossenschaftliches.

Internationale Gewerksgenossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter.

Aufruf und Einladung zur Besichtigung ihrer dritten ordentlichen Generalversammlung am 25., 26. und 27. Dezbr. 1872 in Weimar.

Gewerks- und Berufsgegnen allerorts! Unfre längst und wiederholt vorbereitete dritte ordentliche Generalversammlung ist, wie bereits in Nr. 97 des „Volksstaat“ kundgegeben, durch ganz besondere Umstände zu einer außerordentlichen gestempelt und wir haben deshalb unserer heutigen Einladung ein recht reichhaltiges Material zu Grunde zu legen. — Zunächst wollen wir nach der Reihe kurz wiederholen, was bereits durchs Organ zu Eurer Kenntniß, Beurtheilung und Berathung gelangt ist. Nr. 57 des „Volksstaat“ vom 17. Juli enthält die erste Einladung u. u. zur Generalversammlung nebst provisorischer Tagesordnung; Hof wird zur Abhaltung vorgeschlagen. — Nr. 69 und 70 vom 28. und 31. August melden die Verlegung der Generalversammlung nach Meerane. Tagesordnung und Einladung des Lokalcomitè's. — Nr. 77 vom 25. September bringt das Verbot der Generalversammlung in Meerane und einen Antrag von Hohenstein, betreffend: „Unsere Stellung zu den Schiedsgerichten.“ — Nr. 87 vom 30. Oktbr. Einladung zur Generalversammlung nach Hof. Aufruf des Hofes Lokalcomitè's. — Nr. 89 vom 6. November meldet das Verbot der Generalversammlung in Hof. — Nr. 90 vom 9. November enthält die Hofes Magistratsverfügung. — Nr. 97 vom 4. Dezbr. legt den neuesten Sachverhalt und die Resultate der Rekurse dar und ruft zum dritten Male auf, die bevorstehende Generalversammlung zahlreich zu besenden. Bereits veröffentlicht finden sich in Nr. 48 des „Volksstaat“ vom 15. Juni Erlass und Antrag der Vorortsverwaltung, die Wanderunterstützung erst nach Zahlung der zwölften Monatslage zu gewähren (Zusatz zu § 35 der Statuten), in Nr. 60 vom 27. Juli, Anträge von Meerane, die Krankenkasse betreffend, in Nr. 74 vom 14. September, Anträge von Meerane, die Sterbefälle betreffend. Weiter sind bis heute eingezogene folgende speziellen Anträge der Berliner Mitglieder zu § 35 der Statuten: Wanderunterstützung nach Zahlung der 6. Monatslage eintreten zu lassen. Zu § 11 der Geschäfts- und Kassordnung: Der Verwaltungsrath hat regelmäßig vierteljährlich sämtlichen Mitgliedschaften einen gedruckten Bericht zugehen zu lassen: a) über Stand der Kassa und Zahl der Mitglieder sowie b) Verzeichniß der Stationen und bezüglich Bevollmächtigten. Allgemeiner Antrag: Die Generalversammlung wolle beschließen: dem Allgemeinen deutschen Weber- und Manufakturarbeiterbund, sowie der Gewerksunion in corporo beizutreten und dieses nicht den einzelnen Gewerkschaften zu überlassen. Zu § 7 der Krankenkassa und zum Statut der Sterbefälle beantragen die Mitglieder zu Meerane: Jedes Mitglied der Kranken- und Sterbefälle muß zugleich der Stammgewerkschaft angehören. Motive: Bei der Krankenkasse ist wahrgenommen worden, daß sehr viele Frauen Mitglieder waren, deren Männer unseren Bestrebungen feindselig gesinnt sind. — Weitere Anträge sind baldigst erbeten (siehe § 27 des Statuts), auch ersuchen wir die Bevollmächtigten, den

\*) Die Deutsche Bourgeoisie ist über solche — Genialitäten erhaben; sie hat überhaupt niemals, selbst im Sturm und Drang der Jugend nicht, solche revolutionäre Schwachheiten gehabt. „Gemeine“ Fußritze von „gemialen“ Zunkerfischeln hinnehmen, ist der gerechten deutschen Nation unwürdiger.

\*) Tödtel! Tödtel! Auf Karl IX. während er aus dem Louvre auf die vorbreitenden Hugenotten schöß.

\*\*) Trahison et Dérfection au sein de la Commune. Par V. .... D'Esbois (ein Pseudonym). Genf, 1872.

Mitgliedern Veranlassung zu geben, sämtliche Vorlagen eingehend zu beraten und rechtzeitig Delegirte oder Mandate zu entsenden. Vertrauensleute und Freunde unserer Sache wollen da, wo unsere Gewerkschaft noch keinen festen Fuß hat, freie Versammlungen von Berufsgenossen einberufen und Delegirte oder Mandate abordnen lassen. Berathende Stimme ist denselben zugesagt. Gewerkschaftsmandate müssen die Kopfzahl der steuernden Mandatgeber enthalten und von den Vertrauensleuten und zwei Genossen gezeichnet sein, sowie den Stempel tragen. Bereits auf Hof und Meerane eingelangte Mandate werden gültig für Weimar erachtet. — Mandate von freien Versammlungen muß der Versammlungspräsident und drei Anwesende unterzeichnen.

Die Kosten der Delegationen haben die Mandatgeber der einzelnen Orte selbst aufzubringen. Hauptrechnungs-Abschlüsse werden nur an solche Orte abgesandt, die mit ihren Abrechnungen auf dem Laufenden sind. Gedruckte Sterbekassenstatuten sind gegen Einzahlung der Frankatur in Marken unentgeltlich zu beziehen bei August Haverbier, Schulgasse 381, Meerane, an welchen auch bezügliche Anträge zu senden sind. Für die Krankenkasse sind solche zu adressieren: an Carl Kirchhübel in Grimmitzschau, Schreinerplatz 757. Stammgewerkschaftsangelegenheiten sende man hierher an S. Notteler. — Auf der Tagesordnung sind bis jetzt folgende Punkte beizufügen: 1) Rechenschaftsbericht der Verwaltung und des Aufsichtsraths (bezieht sich auf Anträge). 2) Revision und Abänderung der Statuten (laut Vorlage vom 8. und 9. Juli d. J., bezieht sich auf Anträge). 3) Rechenschaftsbericht der Krankenkasse und Statutenrevision (bezieht sich auf Anträge). 4) Statutenvorlage zur Organisation der Sterbekasse (bezieht sich auf Anträge). 5) Unsere Stellung zum deutschen Manufakturarbeiter- und Weberbund und zur Gewerksunion (bezieht sich auf Anträge). 6) Unsere Stellung zu den Schiedsgerichten (Antrag von Hohenstein, Referent Seiser). 7) Entscheidung der Generalversammlung über Auslegung des § 37 der Statuten (auf Grund des § 28), bezieht sich entgeltlich Erkenntnis in einer Differenz zwischen den Genossen zu Apolda und der Vorortverwaltung, auf Antrag der Letzteren. 8) Umfrage.

Die Verhandlungen sind vorbehaltlich weiterer Beschlüsse der Generalversammlung öffentlich, Gewerksgenossen jeglicher Branche, sowie Freunde unserer Sache sind bestens eingeladen. Weiteres siehe Einladung des Lokalcomitès zu Weimar.

Anmeldungen von Delegirten und bezüglich Mittheilungen und Wünsche sind zu adressieren an A. Müller, Geometer in Weimar. Die Berufs- und Parteigenossen der Umgegend werden um thätigste Agitation für unsere Gewerkschaft gebeten; und nun, Gewerksgenossen, sorgt, daß unsere dritte Generalversammlung zu Rag und Ehren unserer Sache wirke, stellt Euch zahlreich und pünktlich ein zur Weihnachtsfeier in Weimar. Gruß und Hand darauf! Für die Vorortverwaltung.

Crimmitschau. Notteler, z. B. erster Vorsitzender.

### An die Mitglieder der internationalen Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter-Gewerkschaft!

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Vororts, betreffend die Abhaltung der Generalversammlung in Weimar, theilen wir Euch mit, daß dieselbe erst am 25., 26. und 27. Dezember (als den ersten, zweiten und dritten Weihnachtstagen) hier abgehalten werden kann. Den 25. Dezember Empfang der eintreffenden Delegirten durch das Lokalcomitè am Bahnhof.

Beginn der Vorentscheidung am demselben Tag Abends 6 Uhr.

Wir heißen die Delegirten im Voraus in unseren Mauern herzlich willkommen und werden nach Kräften für Freiquartiere Sorge tragen.

Die Mitglieder des Lokalcomitès sind am Bahnhof durch rothe Schleifen kenntlich. Briefe u. s. w. sind an Unterzeichneten zu richten.

Ruh, Freunde, auf zur Generalversammlung nach Weimar! Weimar, den 6. Dezember 1872.

Das Lokalcomitè i. A.: C. Kettel jun., Schlossgasse.

### Allgemeiner deutscher Sattlerverein.

Berlin. Sämtliche Vertrauensmänner wie Kollegen des Allgem. deutschen Sattlervereins werden auf einen gewissen Kern aus Löwenberg in Schlesien aufmerksam gemacht, der sich gestützt auf ein Schriftstück, als Vorstands-Mitglied unseres Vereins ausgibt, in Wahrheit aber gar kein Sattler ist. Zugleich warnen wir unsere Kollegen am Rhein vor zwei Kollegen, Namens Kothe und Schum, welche direct gegen uns wirken. J. Auer.

### Correspondenzen.

Leipzig, 7. Dezbr. Nach dem hier erscheinenden „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftsetzer“ hatte der in diesen Tagen zusammengetretene Vorstand des Buchdrucker-(Prinzipal-) Vereins folgenden Beschluß gefaßt:

„Wenn in irgend einer Stadt von Seiten unter sich geeingter Gehilfen eine Arbeitseinstellung mit oder ohne Kündigung erfolgt und fortbesteht, trotzdem die Kommission der Vertrauensmänner den Standpunkt der Prinzipale gerechtfertigt findet, so tritt der Gesamtverein zum Schutze der gefährdeten Vereinsmitglieder ein, indem an einem und demselben Tage im ganzen Gebiete des deutschen Buchdruckervereins die Vereinsofficinen allen Gehilfen kündigen, die einer Verbindung angehören, welche den betreffenden Strike veranlaßt hat oder unterstützt. Kein Gehilfe, der wegen des Strikes ausgetreten oder entlassen ist, darf während der Dauer desselben in einer Vereinsofficine angestellt werden.“

Hierzu bemerkt der „Correspondent“:

„Dieser Beschluß ist darauf berechnet, jede Gehilfenvereinigung, die sich nicht unter die Botmäßigkeit der Prinzipale stellt, zu untergraben. Es ergeht an alle Verbandsmittelglieder das Ersuchen, so lange eine streng reservirte Stellung einzunehmen, als man nicht directe Versuche macht, der Ehre und Würde der Mitglieder zu nahe zu treten, resp. es bei dem gefaßten Beschlusse bewenden läßt. Sollten jedoch, was wir im Interesse des gesunden Menschheitsstandes nicht wünschen wollen, die Herren Vereinsmitglieder, statt eine Berufskündigung mit ihren Gehilfen zu suchen, angriffsweise gegen dieselben vorgehen, so ist ein solcher Angriff mit allen zu Gebote stehenden Mitteln abzuweisen, wie es Männern ziemt.“

Die Tragweite des obigen Beschlusses springt in die Augen; und das Organ der Buchdrucker würgt ihn ganz richtig, wenn es sagt: „Dieser Beschluß ist darauf berechnet, jede Gehilfenvereinigung, die sich nicht unter die Botmäßigkeit der Prinzipale stellt, zu untergraben.“ Hervorgerufen ist der betreffende Beschluß offenbar durch das jüngste Vorgehen der hiesigen Buchdruckergehilfen, die den Prinzipalen einen neuen Tarif vorgelegt haben, der den bisherigen Berechnungsmodus abändert und an Stelle der n. die Alphabetberechnung gesetzt wissen will. Die Prinzipale dagegen weigern sich, auf Grund des ihnen von den Gehilfen vorgelegten

Tarif-Entwurfs mit diesen in Verhandlung zu treten und verweisen auf einen sogenannten „Kognatart“, den sie, die „Herren“ ausarbeiten wollen. Zu erwähnen ist aber, daß die hiesigen Buchdruckergehilfen bereits im Jahre 1870 mit der Forderung der Alphabetberechnung — ein Berechnungsmodus, der die Gehilfen ein für alle Mal vor Ueberwerthung schützt — an die Druckereibesitzer herantraten, von diesen aber mit einer Lohnerhöhung von 16 $\frac{1}{2}$ % abgepeist wurden. Seit 1870 haben sich die sozialen Verhältnisse durch die enorme Steigerung aller Lebensmittelpreise völlig verändert. Der Lohn, der 1870 genügt, reicht heut nicht mehr aus. Was Wunder also, wenn sich die Arbeiter gegen die drückenden Verhältnisse auflehnen! Besonders Interesse gewinnt der zwischen den hiesigen Buchdruckergehilfen und Druckereibesitzern ausgebrochene Konflikt dadurch, daß sich beide kämpfenden Theile ihrer Macht bewußt sind. Der Buchdruckergehilfenverband ist bis zur Stunde die bestorganisirte Arbeitervereinigung Deutschlands. Kraft dieser Organisation haben die deutschen Buchdruckergehilfen bisher ihre Forderungen in verhältnißmäßig leichter Weise durchgesetzt. Andererseits sind aber auch die Prinzipale nicht müßig gewesen; auch sie haben sich eine Organisation gegeben, mit der — wie sie meinen — die Gehilfen zu rechnen haben werden; wenigstens zeigt der oben erwähnte, von dem Vorstande des deutschen Prinzipalvereins gefaßte Beschluß zur Genüge, daß sie sich zu fühlen beginnen. Also zwei kampfgerechte Gegner stehen einander gegenüber, jeder gewillt, zu siegen. Der Strike, der unvermeidlich scheint, wird voraussichtlich von langer Dauer sein, da sich die bedeutendsten hiesigen Firmen bei einer Konventionalstrafe bis zu 1000 Thalern verpflichteten, keinerlei Abänderung des bisherigen Lohntarifs einseitig zu bewilligen, im Falle einer theilweisen Arbeitseinstellung der Gehilfen, nach Befinden und auf Anordnung der Gesamtheit, welche durch ein Comité vertreten sein wird, allen bei ihnen in Arbeit verbliebenen Gehilfen sofort zu kündigen, die ihnen zu Opfere bleibenden Druckstoffe der Gesamtheit zu Herstellung der dringlichsten Arbeiten zur Verfügung zu halten und strikende oder in einer der beteiligten Officinen entlassene Gehilfen ohne Genehmigung des Comité's nicht in Kondition zu nehmen. Selbstverständlich wird über den weiteren Verlauf dieses Konfliktes berichtet werden.

Leipzig. Wie früher mitgeteilt, hat das sächsische Justizministerium die Redaktion des „Volkstaat“ verurtheilt wegen des in Nr. 30 d. V. enthaltenen Anschuß-Aufsatzes, der aus Anlaß des Leipziger Hochverrathsprozesses entlassen worden war. Beleidigt sollten oder wollten sein: Herr Präsident von Müde, Herr Staatsanwalt Hoffmann und — die Geschworenen. Auf das Verhörerzeugnis unseres Sachwalters, Herrn Advokat Freitag, wurde diese Sache dem Leipziger Gerichtsamte abgenommen und dem Chemnitzer zuertheilt. Dieses erkannte, daß eine Beleidigung des Staatsanwalts Hoffmann nicht vorliege, wohl aber des Präsidenten und der Geschworenen. Die von der Verteidigung gestellten Anträge behufs Antritts des Beweises der Wahrheit (Vernehmung des Advokaten Freitag aus Plauen, Geschworne Hoffmann aus Rauschhof, Abgeordneter Professor Dr. Birbaum, Appellationsgerichtsrath Professor Dr. jur. Müller, Geschworne Benzen in Leipzig u. s. w.) wurden vom Gerichtsamte als „unerheblich“ abgewiesen, dem verantwortlichen Redakteur Hepner aber ein Reinigungsgeid auferlegt zur Bekräftigung seiner Behauptung, daß er nur Ueber- und Unterschrift des Artikels, nicht aber diesen selbst vor dem Druck gelesen. Es wurde gegen dieses Erkenntnis Einspruch erhoben und am 30. v. M. fand die Verhandlung, behufs deren Beirathung Hepner auf einen Tag der Haft entlassen wurde, in Chemnitz statt. Das erstinstanzliche Erkenntnis wurde da allenthalben bestätigt, auch was die obgedachten Anträge anbelangt; so daß nun Nichtigkeitsbeschwerde eingelegt werden wird. Bleibt auch diese erfolglos, so bestimmt das Chemnitzer Gerichtsamte eine Strafe für Nichtleistung des Eides. Hepner hat nämlich erklärt, daß er jetzt — nach fast dreiviertel Jahren — sich nicht mehr den Eid zu leisten getraue, obgleich er dessen gewiß sei, daß er von Anfang an die Wahrheit gesagt habe. Außerdem sei er auch nicht im Stande — wie ihm das Staatsgesetz vorschreibe — bei „Jehova“ oder „Adonai“ zu schwören, da er religionslos lebe. — Der Staatsanwalt fand sich darauf bemüht, zu erklären, daß Hepners ausdrückliche Weigerung, den Eid zu leisten, einen sehr guten Eindruck auf ihn mache; seitens Chemnitzer Sozialdemokraten würde so oft geschworen, daß Hepners Eidesverweigerung ihm nach der guten Seite hin auffällig sei. — Hepner ergriff darauf zur persönlichen Bemerkung das Wort und erklärte:

„Die mir Seitens des Herrn Vertreters der königlichen Staatsanwaltschaft auf Kosten meiner Freunde gewordene „Anerkennung“ wegen meiner Eidesverweigerung weise ich entschieden zurück. Wenn auch Seitens meiner hiesigen Freunde „oft“ geschworen wird, so bin ich gleichwohl davon überzeugt, daß dieselben mit gutem Gewissen schwören; daß ich in dem vorliegenden Falle nicht schwören kann; daß ich überhaupt noch nie geschworen habe und nie schwören mag — das ist eine Sache ganz für sich und kann die Eidesleistungen Anderer nicht im Mindesten berühren. Ich wiederhole: Ich nehme das Lob des Herrn Staatsanwalts nicht an.“

Der Staatsanwalt, der über diese mit einiger Anfechtung abgegebene Erklärung etwas betroffen war, bemerkte hierauf, daß es nicht seine Absicht war, Herrn Hepner eine Etage zu machen, beziehentlich die Eidesleistungen Anderer dadurch zu verächtigen; damit gab sich Hepner zufrieden.

Leipzig, 6. Dezember. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist wegen des Artikels „Sozialdemagogisches“, in Nr. 96 dieses Blattes, die Untersuchung auf Majestätsbeleidigung eingeleitet worden.

Glauchau, 1. Dezember. Arbeiterbrüder und Genossen! Obgleich wir uns mit schwerem Herzen zu dem Schritte entschließen, den gegenwärtigen Anruf an Euch zu erlassen, so mußte er doch gethan werden, denn die Art und Weise, wie man dem Arbeiter in dem bald zu erwähnenden Falle gegenübertritt, ist so empörend, daß selbst dem friedliebendsten und an die Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeiter glaubenden Genossen die Zornesader schwellen wird.

Der Vorgang ist folgender: In Finsterwalde (Niederlausitz) besteht ein starker Ortsverein, dessen 600 männliche Mitglieder sich auch dem Deutschen Weberbunde angeschlossen haben. Wie überall, wo die Gewerksbewegung um sich greift, die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Klassenlage und Lebensberechtigung kommen, so auch hier. Es wurden verschiedene Versammlungen abgehalten, in denen man gewerkschaftliche und allgemeine soziale Uebelstände diskutirte und dem Arbeiterstande über verschiedene Mißstände die Augen öffnete. Sofort hörte nun aber alle Gemüthlichkeit und Harmonie auf, man verbot Versammlungen, ließ eines Abends das Gas in der Stadt absperrern, um die Arbeiter nach aufgelöster Versammlung aneinander zu bringen u. s. w. Diese kleinlichen Chikanen hätten nun nicht viel zu bedeuten, doch man ging weiter. Es war den

Vätern der Stadt sowie den „arbitranten Juragierern“, daß die Arbeiter sich unterstehen wollten, selbst zu denken und zu beraten. Das darf in unserm „finstern Walde“ nicht Mode werden. Man mußte dem Bruder zu, seinen Bruder aus der Arbeit zu jagen, ja man glaubte, es befehlen zu können. Doch das hilft Alles Nichts, der Arbeiter ist erwacht. Jetzt wird eine Koalition unter den Fabrikanten geschaffen; dieselben verpflichten sich, Jedem aus der Arbeit zu entlassen, der unter den Arbeitern eine Rolle spielt. Man entläßt zuerst 6, und wohlgeehrt, Väter von starken Familien, worunter auch der Vorsitzende des Ortsvereins, Vater von 3 Kindern, sich befand, fährt dann mit Entlassungen bis zu 43, die als Rabenführer bezeichnet wurden, fort, und verpflichtet sich bei 10 Thlr. Strafe, keinen derselben wieder in Arbeit zu nehmen. Man denkt auf dieses Manöver hin die Arbeiter müde zu machen, man will sie durch Hunger zwingen, nicht mehr daran zu glauben, daß auch der Arbeiter Mensch ist und die Berechtigung zu einem menschenwürdigen Leben hat. O Ihr Ausbeuter! ist Eure Weise, gegen uns vorzugehen, der Dank dafür, daß wir den Arbeiter über die ökonomischen Verhältnisse aufklären, damit er sich nicht herbeiläßt, in Folge Eures unmenschlichen Verfahrens Eure modernen Zuchthäuser, die Fabriken, zu demoliren? Wollt Ihr Euch nicht lieber koaliren zur Herstellung gesunder menschenwürdiger Arbeitsräume? Hatte nicht Euer Arbeiter Lammesgebild gegen Euch? Ruhig trug er sein Fleisch und Blut zu Markte in Euren schmierigen, von schlechten Kästen gefüllten modernen Zuchthäusern; er denunzirte Euch nicht, weil er zu bieder, zu liebevoll ist; dafür wollt Ihr ihn jetzt aushungern lassen, nicht wahr, Ihr Herren? Doch es wird Euch nicht so wohl von Statten gehen, und weniger Euer Gebahren ist es, was uns das Blut schneller durch die Adern rollen macht, — denn wir wissen, Ihr seid zu viel „Arbeiter“, zu viel Materie, um etwas Entschiedenens durchzuführen zu können, — sondern wir zürnen ob der Thorheit, die Euch nicht erkennen läßt, daß Ihr durch Euer Gebahren selbst dem friedliebendsten Arbeiter die Waffe in die Hand drückt.

Die bis jetzt Gemafregelten werden aus der Ortsvereins-Kasse unterstützt; der Generalversammlungsbeschluß lautet einstimmig dahin, daß doppelte Steuern zu zahlen seien. Da die Genossen aber auf die Dauer nicht im Stande sind, solche aufzubringen, und da auf keinen Fall die dortige Gewerkschaft ruiniert werden darf, so ergeht an alle Genossen und Freunde der Arbeitersache das dringende Ersuchen: die gemafregelten Finsterwalder Brüder zu unterstützen. Sie haben um so mehr Anspruch auf unsere Unterstützung, als sie stets reichlich beigesteuert haben, sobald der Appell dazu an sie erging. Arbeiterbrüder! es ist hier kein provozirender Strike, sondern es handelt sich um Absperrung von der Arbeit durch die Vereinigung des Kapitals! Bedenkt dies genau und Ihr werdet Eure Schuldigkeit thun! Wo man nicht über Mittel zu verfügen hat, halte man Versammlungen, und grade eine Charakterisirung des vorliegenden Falles wird Stoff zur Tagesordnung geben und den Arbeiter zu helfen bereit finden! Etwaige Unterstützungen für die gemafregelten Finsterwalder, worüber wir öffentlich Bericht geben werden, sind direct an A. Sporn, Vorsitzender des Ortsvereins daselbst, oder auch an den unterzeichneten Vorstand zu adressieren. In der Erwartung, daß die Genossen allerorts dazu beitragen, daß derartige Maßregeln der Aushungerng vereitelt werden, zeichnet mit Brudergruß und Handschlag

der Vorstand des deutschen Weberbundes, S. Franz.

Alle unsern Bestrebungen befreundete Blätter bitten wir um Abdruck des Vorstehenden.

Crimmitschau. Für die Bestrebungen der Bourgeoisie, die Gemeindefassen für ihre Klasseninteressen in Anspruch zu nehmen, können wir auch ein Beispiel anführen. Die hiesige Realschule mit einer Schülerzahl von kaum Hundert, erhielt im Jahre 1871 aus dem Gemeindefaßel 2000 Thaler Zuschuß, was pro Kopf eines Schülers 20 Thaler macht. Da aber diese Summe noch immer nicht reichte, die Lasten der Schule zu decken und der echte Bourgeois es vorzieht, statt aus eigener Tasche das Geld zu geben, die Staatshilfe in Anspruch zu nehmen, brachte man es dahin, daß auch der Staat 1500 Thaler Zuschuß gewährte. Unsere Bourgeoisie läßt sich also mit 35 Thaler per Kopf aus Gemeindefaßel und Staatsmitteln ihre Kinder erziehen und dabei schreit diese Bande Peter und Morio, wenn die Arbeiter Lust verspüren, diesem Leben auf freude Kosten das Handwerk zu legen.

Berlin. Die von unserer Partei zu den Stadtverordneten-Ergänzungswahlen aufgestellten Kandidaten sind sämtlich gewählt worden.

Berlin, 1. Dez. Der von Lessor meiner Benigkeit gemachte Vorwurf, daß ich ihn als Polizeispion in öffentlicher Versammlung hingestellt habe, bedarf folgender Berichtigung: Es war in einer in Breitschneiders Salon abgehaltenen Parteiversammlung, in welcher Herr Lessor wiederholt die Behauptung aufstellte, daß unsere Partei nur die blutige Revolution herbeiführen wolle und daß die friedliche Agitation bei uns nur Deckmantel sei. Von meiner Seite wurde Lessor darauf aufmerksam gemacht, daß es durchaus ungerechtfertigt sei, uns derartiges in die Schuhe zu schieben, wo ihm doch die Beweise fehlten. Ich entschuldigte aber sein Vorgehen mit seiner Jugand und Unerfahrenheit im Parteileben. Dadurch erbost, erklärte Herr Lessor, daß er durchaus nicht jung in der Bewegung, im Gegentheil, er sei sehr erfahren, ja sogar schon gemafregelt. Der arme Lessor hielt aber seine oben angeführte Behauptung anrecht. Darauf erklärte ich, daß Herr Lessor, da er uns fälschlich und trotzdem, daß wir ihn das Gegentheil nachgewiesen, immer noch beschuldigte, die blutige Revolution zu wollen, zu der wir unsere Arbeitergenossen zu verführen trachteten, sich wie ein Agent der Staats-Anwaltschaft und Polizeispion benehme. Daß mein Vergleich des Herrn Lessor mit einem Denunzianten und Polizeispion ein zutreffender ist, dabei muß ich nach dem Auftreten des gedachten Herrn vorbeiben. Daß Lessor nicht angestellter Agent der preussischen Regierung ist, weiß ich sehr wohl. Würde die preussische Regierung die Reptiliengelehrten an Rullen vom Schlage des Herrn Lessor vertheilen, so würde wohl auch unsere Kammer gegen eine derartige Ueberschwengung Protest einlegen.

J. Auer.

Frankfurt a. M., 4. Dez. Hier ist ein Verein der Bierbrauereigeilfen gegründet worden, welcher schon über 200 Mitglieder zählt. Wir haben folgende Forderungen an die Bierbrauereigeilfen gestellt:

1. Arbeitszeit an Wochentagen von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, dazwischen Pausen von zusammen 3 Stunden.
2. Der Wochenlohn soll um 2 Gulden erhöht werden. Ueberzubgeld bleibt wie bisher; wo kein Ueberzubgeld eingeführt ist, werden für Extraarbeit pro Stunde 12 kr. bezahlt.
3. An Sonn- und Feiertagen Arbeitszeit von 5 bis 10 Uhr Morgens. Länger soll in der Regel an diesen Tagen nicht gearbeitet werden. Liegt jedoch ausnahmsweise einmal dringende Arbeit vor, so soll für jede Ueberstunde das Doppelte des gewöhnlichen Preises für Ueberzub oder Ueberstunden bezahlt werden.
4. Mit Rücksicht auf die harte und gefährliche Arbeit der Brauer soll bei allen Unglücksfällen und Krank-

heiten, deren Heilung nicht länger als 8 Wochen dauert, der Lohn fortgezahlt werden. 5. Wir verlangen, daß die Herren Prinzipale und Braumeister uns höflich und anständig behandeln und uns mit „Sie“ anreden.

Unsere Prinzipale sind uns sehr schroff entgegengetreten und sind schon viele unserer Mitglieder gemagtregelt worden. Es bleibt uns nichts anderes übrig, als den uns hingeworfenen Fehdehandschuh anzufassen, und eruchen wir daher alle Kollegen den Bezug fern zu halten und uns nach Kräften zu unterstützen. Weiterer Bericht folgt. Briefe u. s. w. sind zu senden an

Job. Dirnhöfer, Vorsitzender, Albrechtengasse 26.

Alle arbeiterfreundliche Blätter bitten wir um Abdruck.

**Arnkirchen an der Saar.** Und es ereignete sich in einer kalten Oktobernacht im Jahre des Heils 1872, daß einem armen alten Manne, Bürger von Arnkirchen, ein menschliches Wesen der Schadel eingeschlagen wurde. Und die Mörder schleppten den sterbenden Greis über die Straße und warfen ihn vor dem Gasthaus zum deutschen Kaiser in eine Ecke. Die Wirthin vom deutschen Kaiser hörte die Stimme des Mannes, welcher also sprach: „D schlägt mich doch lieber gleich ganz todt!“ Und es überkam sie eine Angst und sie getraute sich nicht zu öffnen das Fenster, um zu sehen nach den Verbrechern, welche schleunigst suchten das Weite. Da kam seines Weges der Wächter der Nacht und sahe liegen den Aermsten, doch er leuchte seine Schritte fürdast und ließ ihn liegen — den Sterbenden. Und siehe da, es graute der Morgen und man fand den Erschlagenen in einer großen Lache Blut. Man holte sogleich einen Bewaffneten des Herrn, die da heißen Gensdarmen. Dieser drehte ihn und betastete und wendete ihn, ob er nicht etwa an sich trage das Zeichen des Verbrechens, und siehe da, sein Schadel war vollständig zerschmettert. Sine mal aber und allieweil man sich nicht lögen ist Menschen wie der krepirten Hunde einen, so legte man ihn auf einen Herren und brachte ihn in das Haus, allwo immer stehen die Spigen, wenn irgendwo ausbricht mit Gewalt das Feuer. Der Aermste lebte noch unmoß doch auf dem Wege zum Hause gab er seinen Geist auf. Da kamen auch zwei Männer der Wissenschaft und untersuchten den Todten und sie sagten: „Er ist todt.“ Und als sie begraben den armen Hanne, frug ich Einen der Bewaffneten des Herrn, ob man nicht untersuche das Verbrechen? Derselbe sagte mit kaltem Blut: „Die Gemeinde ist froh, daß sie ihn los ist!“ Und siehe da, die Mörder gehen frank und frei einher und kein Dahn trübt darnach, daß hier begangen ein Verbrechen. Moral: Du kannst erschlagen im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte jedweden Armen, ohne dem Manne, den man da nennt den Anwalt des Staates, die geringsten Molestien zu bereiten. Darum hüte Dich zu bleiben ein Armer! Wer solches nicht glaubet, der gehe hin nach Arnkirchen an der Saar, dort erzähle sich die Kinder auf der Straße, daß sie erschlagen den armen Antschelhanne. Nur der Mann, den man nennt den Anwalt des Staates im Reiche der Gottesfurcht und frommen Sitte, weiß nichts davon. C. K.

**Marburg, 22. November.** Am 19. d. Mts. hatten wir eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: Der Reichstag, seine Vertreter und die verschiedenen Parteien in demselben. Als Referenten waren die Herren Walz aus Kassel und Katers aus Halberstadt, welche von einer aufgelösten Versammlung in Hersfeld hier durchreisten, anwesend. Beide Redner referirten zur größten Zufriedenheit der Anwesenden. Es war zu dieser Versammlung der Reichstagsabgeordnete für Marburg-Kirchheim-Frankenberg-Böhl, Herr Justizrath Dr. Grimm (konservativ) durch Palate und brieflich eingeladen; es wurde mir jedoch, als ich ihn aufforderte, im Falle seiner Anwesenheit Rechenschaft abzulegen über seine Thätigkeit im Reichstage, mitgetheilt, Herr Grimm sei in Kassel. Ich frug nun die Versammlung: da Herr Grimm nicht anwesend, er daher der Aufforderung nicht nachkommen könne, ob es nicht zweckmäßig sei, demnächst denselben zu einer anderweitigen Volksversammlung einzuladen. Der Vorschlag wurde nach einiger Debatte mit der Ergänzung, daß die Einladung nicht allein aus Marburg, sondern so viel als möglich auch aus andern Städten und Distrikten geschehe, unter sehr lebhaftem Beifall aufgenommen. Es wird diese Versammlung, wie in Aussicht steht, stark besucht werden, denn es ist jetzt Jedermann gespannt auf das, was da kommt. Diese Versammlung war die erste, in welcher die Studenten in großer Anzahl vertreten waren und im Laufe der Vorträge stürmisch applaudirten. Als ich am Schlusse der Versammlung folgende Worte an die Studenten richtete: Es sei erfreulich, daß die Studenten, welche bisher die Versammlungen spärlich besucht, heute Abend stärker als sonst vertreten seien; es sei jedenfalls ihre Pflicht, sich mit den Fragen der Zeit vertraut zu machen, als künftigen Dienern des Staates — nicht einzelner Persönlichkeiten — ihre ihnen das sogar sehr Noth, wenn sie anders das Volk und die Verhältnisse richtig beurtheilen wollen. Einer der Herren Studenten erklärte mir darauf nach Schluß der Versammlung, ich solle nicht alle Studenten über einen Kamm scheeren, es ständen uns viele näher als wir dächten, es würde aber über den Studenten, der in einer politischen Versammlung als Redner aufträte, nach den akademischen Gebräuchen die Relegation für sämtliche deutsche Universitäten ausgesprochen. Sie kämpften jetzt gegen die akademische Gerichtsbarkeit an, um derartigen Zuständen abzuhelfen. Sollte dieses Gesetz in Wirklichkeit bestehen, so ist dies jedenfalls wieder eine treffliche Illustration des Verfassungsparagraphen im Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte, welcher da heißt: Ein Jeder ist vor dem Gesetze gleich.

**Hersfeld, 3. Dezember.** Sonntag, den 1. Dezember fand hier wieder öffentliche Volksversammlung statt, zu welcher sich nahezu halb Hersfeld eingefunden hatte. Walz aus Kassel referirte unter allgemeinem Beifall über die Lage der arbeitenden Klassen, sowie über die Mittel und Wege, diese zu verbessern. Obgleich alle Stände zahlreich vertreten waren, blieb unsre Aufforderung, Herrn Walz zu widerlegen, fruchtlos. Die Aufforderung des Unterzeichneten, der Partei beizutreten, sowie den „Volksstaat“ zu lesen, hatte ihren Erfolg. Mit Brudergruß G. Wolff.

**Mainz, 3. Nov.** Die „Mainzer Zeitung“, ein von Preußen subventionirtes, 1848 ein Republik machendes „liberales“ Blatt, das gerne jede Gelegenheit ergreift, seine Leser zu belehren, daß es eine soziale Misere nur in den antiprussischen Sozialisten-Typen, aber nicht in der Wirklichkeit gebe, dieses sauberen Blättchens sei auch einmal in Ihren Spalten gedacht.

Am 1. Nov. schreibt es, nämlich jene, sie, die „Mainzer“, auf Seite 2 in Spalte 3 etwas über unsere hiesige Wohnungsnoth und nebenan, in Spalte 4, über einen Vortrag, den ein gesinnungs- verwandter Mediziner jüngst hier hielt, über die Nothwendigkeit einer gesunden Luft für das Menschenwohlsein.

Was sie wol gedacht haben mag, unsere Landmännin, als sie sich die 3. und 4. Spalte angesehen hat? — Wahrscheinlich nichts, gar nichts, so ganz wie es bei Gesinnungsstichtigen bisweilen vorkommt. Oder etwas? Nun dann wirds nichts Gutes gewesen sein. Denn auch nicht in einer Zeile gedenkt sie bis heute des

Eindrucks den die in den beiden Spalten enthaltenen Auslassungen auf jeden unverbundenen Menschen machen müssen.

Also 70 Prozent der Bevölkerung von Mainz, diesem Aurea Moguntia, lebt in unangemessenen Wohnungsverhältnissen, 1952 Wohnungen in Mainz besitzen ja nur aus einem einzigen Zimmer, 1423 dieser Zimmer sind von mehr als einer Person bewohnt.

870 solcher Einzimmerwohnungen giebt es in Mainz heute mehr als 1867.

Bei einer Bevölkerungszunahme von 9 Prozent eine Wohnungsverschlechterung von 80 Prozent!!!

Dazu weiß die „Mainzer Zeitung“, wie schon bemerkt, kein Wort zu sagen, oder sagt absichtlich kein Wort, weil sie bei unseren „herrlichen“ Zuständen gewohnt ist alles was von Misere im Volksmunde spricht, zu allerhöchstem Wohlgefallen todzuschweigen.

Wie mag es bei obiger Statistik mit dem Unentbehrlichsten zur Gesundheit des Menschen, der reinen Luft (siehe Spalte 4), bei den 70 Prozent der Mainzer Bevölkerung aussehn, die in „unangemessenen“ Wohnungsverhältnissen leben?

Kaisennirt mir nicht als Antwort auf diese Frage, ihr Heuchler um des Volkes Wohl und ihr Philanthropen der „Mainzer Zeitung“, die ihr mit Bildung der Wohnungsmisere abhelfen wollt, auf die Festungswälle, die Mainz umgeben, als seien diese die Ursache unserer rapiden Wohnungsverschlechterung, denn in Wirklichkeit sind Euch ja doch diese Erdhäuser ganz wohlthuende Erscheinungen. Gesteht ihr Herren „Liberalen“ der „Mainzer Zeitung“ uns vielmehr zu, daß solche Thatsachen, wie sie die offizielle städtische Statistik uns bringt, unabweislich sagen, welchen Einfluß der steigende „Allgemeine Wohlstand“, von dem ein Gemeinderath in einer Stadterweiterungssitzung lehrhaft sprach, auf 70 Prozent unserer Mitbürger hat, mit andern Worten, daß die zunehmende Kultur gerade die steigende Verwahrlosung des größeren d. i. produzierenden Theiles des Volkes zum Erfolge hat. Und gesteht uns, „Mitbürger“, auch ferner zu, daß sich die Thatsachen solch unnatürlicher Art so häufen, daß selbst Blätter wie die „Mainzer“ nicht mehr umhin können, sie zu berichten. Uns bleibt es bei der heutigen Bildung unserer Presse überlassen, nicht allein Akt zu nehmen von solchen Wohnungsverhältnissen in Deutschlands reichster Gegend, sondern auch unsere Randbemerkungen beizusetzen. Deshalb dieser Artikel und als Reingabe die Frage: haben auch Pfaffen und Soldaten oder Soldaten und Pfaffen Wohnungsnoth und Luftmangel?

**Wien, 23. Nov.** Die Buchdruckerbesitzer in Wien haben eine Coalition gegen die für „maßlos“ erklärten Mehrforderungen der Schriftsetzer geschlossen. Die Regierer berufen sich darauf, daß die vor längerer Zeit erfolgte Erhöhung des Lohns um 25 pCt. durch die unterdessen eingetretene Vertheuerung der Wohnungen und der Lebensmittel illusorisch geworden sei. Die Buchdruckerbesitzer haben sich verabredet, jeden Versuch der Schriftsetzer zu einer partiellen Arbeitseinstellung mit einer allgemeinen Entlassung sämtlicher Arbeiter zu beantworten.

**Pest, 14. Nov.** Sonntag den 10. November sollte die feierliche Entbüllung des Grabsteines für das der langen Unternehmungshaft im Arbeiter-Hochverraths-Prozess zum Opfer gefallene Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation und Ausschuss-Mann des Allgem. Arbeiter-Bereins Karl Eisel stattfinden. Von den umfassenden Vorträgen der Polizei verständigt, hatten wir zu beweisen, daß nicht die Arbeiter es sind, welche Skandale, à la Dornbach-Affaire zu provozieren suchen. Es wurde den Arbeitern bekannt gegeben, den Friedhof zu meiden. Es waren denn auch kaum 50 Personen, worunter die meisten seiner Zeit mit verhaftet gewesen waren, die mit der roten Fahne zur Grabstätte zogen. Bürger J. Weiß in deutscher und Josef Lakatsch in ungarischer Sprache ermahnten mit kurzen Worten der Verdienste Bürger Eisels und betonten, daß es Pflicht jedes rechtlich denkenden Arbeiters sein, so wie Eisel es gethan bis zum Tode einzustehen für die Verwirklichung der sozial-demokratischen Prinzipien. Hierauf sang die Liedertafel des allgem. Arbeiter-Bereins ein Trauerlied — und der auf Seite der Bourgeois und Polizei erregende Akt war vorüber. Herr Alexius Thais war, und zwar hoch zu Ross, in eigener Person anwesend; ebenso dessen Adjutant Altuar Eging, auf einem Orabe sitzend und den Worten der beiden Redner lauschend, ob nichts gesprochen, was den Bestand des Staates gefährden könne. Außerhalb der Friedhofs-Umkleidung waren Infanterie und Ulanen, im Innern reitende Panduren, sowie Constabler und Trabanten aufgestellt. Ebenso ruhig wie der Zug gekommen, entfernte sich derselbe wieder und das Hiaalo der löblichen Polizei war ein vollständiges.

Der 7 Fuß hohe pyramidenförmige Stein trägt auf der Vorderseite die Inschrift: Hier ruhet Karl Eisel, geb. in Reichenbach in Sachsen, gestorben während der Unternehmungshaft (?) unter der Anklage des Hochverraths am 16. Oktober 1871“. Auf der Rückseite: „Gewidmet von seinen Parteigenossen in Pest.“ Zu beiden Seiten in deutscher und ungarischer Sprache: „Eine gute Sache gelangt immer zum Durchbruch, wenn auch erst über die Gräber.“

Noch sei erwähnt, daß das Wort Haft vom Steine entfernt werden mußte, indem der Oberstadthauptman Thais den Bürger Farkas zitiern ließ und selbigem eröffnete, wenn bis Mittag das Wort nicht unsichtbar gemacht sei, sehe er sich genöthigt, Farkas als Comitemitglied einzuziehen, da Eisel nicht im Gefängnis, sondern im Spital gestorben sei, und von keinem Kerkermeister ein Zeugniß über dessen Tod während der Haft beigebracht werden könne. Dem Befehle wurde insofern Folge geleistet, als die betreffenden Buchstaben ausgefüllt wurden. — Eisel ward auf Intervention seiner Haftgenossen, da sein Tod, wie solches der Arzt des Wainger Strafhauses gegenüber dem Direktor desselben und dem Staats-Anwalt bestätigte, unabwendbar war, nach Pest ins Spital transportirt, wo er nach ungefähr 14 Tagen in Folge der erlittenen Noth und Qualen seinen Geist aufgeben mußte, und doch wurde auf Antrag der Staats-Anwaltschaft, vertreten in der Person des Herrn Rejtong, welcher auch in Waigen als Untersuchungsrichter fungirte das von Eisel abgegebene Protokoll zur Vorlesung gebracht, da selbiger unter der Anklage stehend gestorben war. Schließlich sei noch erwähnt, daß ein zweiter mit verhaftet gewesener Bürger J. Macki, der seit seiner Entlassung (aus der Haft gänzlich arbeitsunfähig ist, ebenfalls dem Tode entgegen-

**Berichtigung.** Im Artikel: Der Wiederbeginn der Reformbewegung in England in der vorigen Nummer des „Volksstaat“ muß es im letzten Absatz der ersten Seite heißen: an politischer und sozialer (nicht spezieller) Erkenntniß; und in der letzten Zeile des zweiten Absatzes der zweiten Seite muß das Wort: „aber“ gestrichen werden.

**Für den Volksstaat.** Von Müller in Weimar Schuldschein Nr. 72 zu 3 Thlr. gratis jurth. Die Exped. d. Volksstaat.

**Zum Nechtagswahlfond.** Etassa in Balareff 1 Thlr. Die Exped. d. Volksst.

**Fond für polnisch Gemafregelte.** Dem Arbeiterverein Pächtschrim-Gallend, 1 Thlr., vom Schneiderfad-verein Landshut 1 Thlr. 26. Rgr. 5 Pf.

**Die Expedition des Volksstaat.**  
**Für den Wahlfond Bebel's.**  
Empfangen 125 Thlr. 10 Rgr. durch Hablich in Leipzig. Weiteres Zusendungen sieht entgegen der Vorsitzende des Centralwahlcomitès für den 17. Wahlzeit: F. Albert, Gaudan, Joh. Gummigerr.  
**Briefkasten:** der Expedition: Unger in Köthenberg für Schriften 1 Thlr. — Pauli in Stralburg für Abonn. Dezbr. 8 Rgr. — Lütjehann in Wandsbeck für Ann. 6 Rgr. — Koller in Neutlingen für Ann. 3 Rgr. — Grub in Kholba: Ihre Annence kostet zweimal einzurufen 1 Thlr. 6 Rgr. — Steinbacher in Persee für Schr. 2 Rgr. — Burg- hard in Kirchheim für Schr. 5 Rgr. — Sorge in Hebelen für Abonn. 4. Qu. 125 Thlr. — Köber in Thalheim für Kalender 2 Thlr. 16 Rgr. — Stahn in Eularest für Abonn. 4. Qu. 1 Thlr. 5 Rgr., für Schr. 3 Rgr. — Volkmar in Unterending für Abonn. Dezbr. 7 Rgr. 5 Pf., für Schr. 2 Rgr. 5 Pf. — Schulmadergerw. Mainz für Ann. 6 Rgr. — Barjatharovic in Semlin für Abonn. 4. Qu. 20 Rgr., für 1. und 2. Qu. 1 Thlr. 18 Rgr. — Pausch in Niederwörsch für Schriften 1 Thlr. — Gnam in Pörsheim 8 Thlr. 12 Rgr. (wofür?) — Silbermann in Pest für Schriften 2 Thlr. 4 Rgr.  
K. Neulirchner in Werau Paket pr. Post gef. Zeseri.

In Oesterreich wurde seiden die Broschüre Keme's, „Jesus von Nazareth“, verboten, was gewiß ein Beweis ist, wie sehr man dort besorgt ist, den freien Gedanken zu unterdrücken. Diese Mahregel wird, wie alle derartigen Verbote, nur dazu beitragen, die Broschüre erst recht populär zu machen und zu ihrer verkehrten Verbreitung beitragen. Es ist übrigens ein eigenthümliches Schicksal, welches dieses Büchlein schon erlitten hat. Die erste Auflage 1847, im Verlage von Robert Plam, kurz- längere Zeit nicht verkauft worden, bis es dem genannten Verleger gelang, in einem der sächsischen Kaufmann die damals nöthige Erlaubniß zum Verkauf zu erlangen. Die erste und zweite Auflage wurden rasch vergriffen. Die dritte, in der Schweiz erscheinende, wurde von der pietisti- schen Regierung in Basel total konfisirt. Die vierte Auflage in Würz- burg dergleichen; später aber wieder freigegeben. Die fünfte wurde se- eben in Oesterreich verboten. — Kann für ein Volkschriftchen eine bessere Empfehlung verlangt werden?

### Anzeigen etc.

**Altona.** **Sozialdemokratischer Verein.** Donnerstag, den 12. d. M., Mitgliederversammlung im Schulmacher Amibaus, große Bergstraße. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Jork. Die indirekten Steuern und deren schädlicher Einfluß auf das Volkwohl. Gäste sind willkommen. Die Mitglieder werden ersucht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

**Burgstädt.** Sonntag, den 15. Dezember, Nachmittag 3 Uhr, Volksversammlung im Erbgericht zu Geyersdorf. Referent Herr Bahlreich aus Chemnitz. Das Comite.

**Chlingen.** Nächsten Sonntag Abend Zusammenkunft bei Hind- eisen, Pflanzau.

**Jekniß b. Plauen.** **Geburtsanzeige.** Allen Parteigenossen die Mitthei- lung von der am 28. November erfolgten Geburt eines münchren Jungen, welcher als Disident eingetragen wurde. Möge derselbe durch körperlich und geistiges Aufstehen der vernagelten Menschheit die Ueberflüssigkeit der Taufe beweisen. Den 8. Decbr. 1872. (\*) Carl Karing u. Fran.

**Leipzig.** **Sozialdemokratischer Arbeiterverein.** Freitag, den 13. Dezember, Abends 8 Uhr, Sitzung im der Restauration von Heidler, gr. Windmühlengasse 7. Tagesordnung: Fortsetzung des Vortrages über die sozialen und po- litischen Entwicklungsperioden. Sozialpolitischer Wochenbericht. — Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Leipzig.** **Sektion der Stralmacher.** Versammlung Sonnabend, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Landgraf, H. Windmühlengasse 1. D. S.

**Leipzig.** Ich fordere hierdurch Herrn Joseph Haag aus München auf, mir seinen Kopienkatalog wissen zu lassen, bevor sein Verbindlichkeiten gegen mich nachzukommen. Den 4. Dezember 1872. Wilh. oerm. Hellwig, Müng. 3.

**Rebigeß.** **Sozialdemokratische Arbeiterpartei.** Die Mitglieder und Parteifreunde versammeln sich jeden Sonntag Abend bei Herrn Joh. Schnitzler. (2b)

**Würzburg.** Der Verkehr und Arbeitsnachweis der Schuhmacher ist „wichtig Noth“, Fleischbankgasse. Ferner Bevoll- mächtigter ist Joh. Burger, Kirchhof 9, Schriftführer: Kaspar Kaiser, Dominikanergasse 9, Kassirer: Carl Heinrich, Brombacherstraße 25.

### Arbeitertag für Hessen-Nassau und die angrenzenden Landestheile zu Marburg.

Im Einverständnis mit den Parteigenossen zu Kassel beriefen wir für Hessen-Nassau und die angrenzenden Landestheile behufs Gründung eines Landesagitations-Comitès einen Arbeitertag auf den 28. und 29. Dezbr. i. J. nach Marburg ein. — Die Tagesordnung wird demnächst im Partei- organ veröffentlicht.

Alle dies bezüglichen Briefe etc. sind entweder an den Unterzeichneten oder an Hb. Walz in Kassel zu richten. Das Localcomite erwartet bald umgebend Nachricht, damit für die Delegirten in jeder Weise Sorge ge- tragen werden kann. (2b)

Im Auftrage: B. S. Schneider, 1. Vorsitzender des Localcomitès Marburg (Straße) Hirschberg 257.

### Freie Gedanken.

**Freireligiöse Gedichte** von **Wilhelm Houh.** Dritte Auflage. 1 1/2 Bogen sind bei franco Einsendung von 1 1/2 Sgr. oder 25 Cren- plare für 20 Sgr. franco zu beziehen durch **Kyolda (Thüringen).** **Wilhelm Houh.**

**Bekanntmachung.** Der Cigarrenmacher Carl Lemme aus Naumburg a. S. wird dringend ersucht, Erbangelegenheiten halber seine Adresse schleunigst mitzutheilen seinem Bruder Rudolph. (2b)

**Die Filialexpeditionen** werden ersucht, wenn sie von Nr. 21, 29 und 32 dieses Jahres noch Exemplare haben, selbe an uns einzusenden. Die Expedition des „Volksstaat“.

Secken erschien und ist durch die Buchhandlung des „Volksstaat“ zu beziehen: **Mary, Kapital,** Lieferung 5 u. 6. Preis der Lieferung 10 Gr. **Protokoll des Mainzer Congresses.** Preis pro Stück 2 1/2 Gr. **Briefe deutscher Bittelpartristen** an Louis Bonaparte von B. Bekr. in 5 Lieferungen. 1. Lieferung 7 1/2 Gr.

**Volksstaatkalender.** 2. Auflage. Preis pro Stück für Sachsen 4 Gr. 3 Pf., außerhalb Sachsen 5 Gr.

**Genossenschaftsdruckerei.** Antbeilscheine, bez. Antbeilsantragungen ertheilt ferner in Leipzig: Chr. Sch. 1 Thlr., Alf. Thn. 1, F. Pdt. 100, in Gotha Chr. H. 1, B. B. 1, C. Sg. 10, in Dresden Arbbv. 6, A. Hl. 1, K. R. 1, C. Kr. 1, M. Hh. 1, C. Hl. 1, M. Hl. 1, E. Hn. 1 C. Br. 1, in Berlin A. Hh. 4, C. Kr. 1, A. Sg. 2, F. Kr. 1, Dr. Hs. 1, C. Hn. 2, J. Kr. 1. **Habilch, Kassirer.**

**Leipzig:** Berantw. Redakteur R. Seiffert. (Redaktion und Expedition Hofstr. 4). Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei.